Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 22,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,500.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.,
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter den Redactionsstrich
die Spaltzeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 42. Freitag den 11. Februar 1881. 75. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die mit Pensionsberechtigung versehene und mit 3600 Mark jährlichem Gehalt dotirte Stelle des Vicebuchhalters bei unserer Stadtsteuereinnahme ist sofort zu besetzen.

Geeignete, in dem Steuerfache erfahrene Bewerber wollen ihre Gesuche bis **zum 22. ds. Mts.** Nachmittags 5 Uhr bei unserer Nuntiatur, Rathhaus, 1. Etage einreichen.

Leipzig, am 9. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Dr. Langemann.

Jagd-Verpachtung.

Das der Stadtgemeinde Leipzig zustehende **Jagdrecht** auf
1) der **Flur** des derselben gehörigen **Rittergutes Cunnersdorf** von ca. 290 Acker — 160½ Hektar jagdbarer Fläche soll **vom 1. Juli d. J. an,**
2) den **Grundstücken** des derselben gehörigen **Rittergutes Stötteritz** untern Theils nebst **Zubehör** von ca. 231 Acker — 127 Hektar 84 Ar jagdbarer Fläche soll **vom 1. September d. J. an**

auf sechs Jahre, ein Jedes für sich, an die Meistbietenden anderweit **verpachtet** werden, wozu Versteigerungstermin am Rathsstelle (Rathhaus I. Etage, Zimmer Nr. 16) auf

Montag, den 14. Februar d. J.
Vormittags 11 Uhr

anberaumt wird.

Die Verpachtungs- und Versteigerungsbedingungen liegen auf dem Rathhaussaale I. Etage zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 28. Januar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Cerutti.

Bekanntmachung.

Denjenigen Grundstücksbesitzern beziehentlich Garten-Inhabern, welche ihre Bäume, Sträucher, Hecken ꝛc. bis jetzt nicht oder nicht genügend haben von Raupen säubern lassen, wird hierdurch unter Hinweis auf die Bestimmung in §. 368, 2 des Strafgesetzbuches bei Vermeidung von **Geldstrafe** bis zu **sechzig Mark** oder entsprechender Haft aufgegeben, **ungesäumt** und **längstens bis Ende Februar dieses Jahres gehörig raupen,** sowie die **Raupennester vertilgen** zu lassen.

Leipzig, am 3. Februar 1881.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Harrwitz.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Naturalienbedarfs des Garnisonlazareths Leipzig für die Zeit vom 1. April 1881 bis Ende März 1882 soll an den Mindestfordernden vergeben werden. Der ungefähre Bedarf erstreckt sich auf 250 Ctr. Roggenbrod 2. Sorte, 40 Ctr. Semmel, 12 Ctr. Bohnen, 15 Ctr. Erbsen, 12 Ctr. Reis, 10 Ctr. Graupchen, 8 Ctr. Buchweizengrütze, 7 Ctr. Weizengries, 8 Ctr. Gerstengrütze, 8 Ctr. Hafergrütze, 12 Ctr. Hirse, 12 Ctr. Linsen, 10 Ctr. Reis, 25 Ctr. Roggenmehl, Sorte Null, 15 Ctr. Speisesalz, 130 Ctr. Rindfleisch, 15 Ctr. Hammelfleisch, 15 Ctr. Schweinefleisch, etwas Kalbfleisch und Schinken, 140 Hectoliter Braunbier, 500 Portionen echt bairisches Bier à 0.45 Liter.

Unternehmer wollen die Bedingungen hier einsehen und unterzeichnen und dann ihre Angebote versiegelt mit der Aufschrift „Naturalien-Lieferung" bis zum 17. Februar 1881, Vormittags 11 Uhr, portofrei anher einsenden.

Leipzig, den 10. Februar 1881.

Königliches Garnison-Lazareth.

Nichtamtlicher Theil.

Leipzig, 11. Februar.

Das Auftreten des Abgeordneten v. Ludwig gegen Herrn v. Bennigsen hat in der deutschen Presse — wir meinen natürlich bei dem wohlgesinnten Theile derselben — einen Sturm von Unwillen hervorgerufen. Selbst der leitende Staatsmann des Reiches, Fürst Bismarck, hat Veranlassung genommen, Herrn v. Bennigsen sein lebhaftes Bedauern über die ihm widerfahrene Unbill aussprechen zu lassen und sein volles Einverständniß mit den von ihm gethanen Schritten zu erklären. Der Reichskanzler ist der Ansicht, es wäre kaum nöthig gewesen, daß Herr v. Bennigsen Herrn v. Ludwig einer Herausforderung würdigte; doch sei Dies, ließ er hinzufügen, Sache des persönlichen Gefühles. Zur Rechtfertigung Bennigsen's von den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen stellt der Fürst dem Schwerbeleidigten das gesammte Actenmaterial des Auswärtigen Amtes zur Verfügung. Dieses ritterliche Benehmen Bismarck's kann nur geeignet sein, das Ansehen des Reichskanzlers im deutschen Volke noch zu erhöhen, dessen Sympathien, der Mehrzahl nach, in dieser traurigen Angelegenheit mit Rudolf v. Bennigsen sind. Von nationalliberaler Seite erhalten wir zur Sache noch folgende Mittheilungen:

⊙ Berlin, 9. Februar. Seit Jahren war man gewöhnt, die Ausschreitungen des Abg. v. Ludwig als höchst persönliche Eigenthümlichkeiten des Mannes anzusehen, zumal seit das Centrum Takt genug besessen, ihn mit „schlichtem Abschied" aus der Fraction zu beseitigen. Die Hartnäckigkeit aber, wie Herr v. Ludwig sich in der gegenwärtigen Session und zwar seit der Verhandlung über die Judenfrage wieder in den Vordergrund gedrängt hat, mußte schon längst Zweifel erwecken, ob er wirklich so isolirt stehe, wie das Fractionsverzeichniß besagt, da er zu offenbar einer gewissen, unter den Ultramontanen und Hochconservativen gleichmäßig vertretenen Richtung als Sturmbock diente, als daß man sich bei der Annahme einer einseitigen Aufopferung hätte begnügen können. Die Entwickelung der Affaire Bennigsen scheint nun den durchsichtigen Schleier vollends zerreißen zu sollen. Ueber den Antheil an der Initiative, welche Herr v. Köller für das zu Ehren Bennigsen's zu veranstaltende Festmahl genommen hat, ist ein beträchtlicher Theil der conservativen Fraction völlig ergrimmt, und es ist kaum anders zu erwarten, als daß die Sache irgendwo und wie zum öffentlichen Austrag komme. Unterrichtete Personen sind aber von der hier zu Tage tretenden Stimmung nicht im Mindesten überrascht, vielmehr wird versichert, daß Herr v. Bennigsen schwerlich sich bestimmt gesehen haben würde, Herrn v. Ludwig die Ehre einer Herausforderung anzuthun, wenn er nicht überzeugende Anzeichen dafür gehabt hätte, daß hinter seinem Gegner eine starke conservative Hülfsschaar in Deckung liege, welche Denselben planmäßig vorgeschoben habe, um den Führer der nationalliberalen Partei gesellschaftlich zu vernichten. Man nimmt nicht Anstand, unter den Anstiftern geradezu den Abg. v. Minnigerode zu nennen, einen Mann, von dem man längst weiß, daß er sich zu weit größeren Dingen berufen hält, als wozu ihn seine hinreichend erprobten Geistesgaben befähigen. Herr v. M. ist es gewesen, welcher jüngst Herrn v. Rauchhaupt einen Knüppel zwischen die Füße geworfen, als Dieser einer Verständigung mit dem Reichskanzler über den Kopf des Finanzministers hinaus nahe war; man schreibt ihm insbesondere jenen ersten räthselhaften Alarmruf in der „Kreuzzeitung" zu, durch welchen angeblich umlaufende Gerüchte von der erschütterten Stellung des Herrn Bitter als falsch bezeichnet wurden, ohne daß man in der Oeffentlichkeit von solchen Gerüchten irgend Etwas bemerkt haben wollte. Bekanntlich folgte bald darauf die Meldung, daß Herr v. R. das ihm angebotene Portefeuille der Finanzen abgelehnt habe. So wenig nun die übrige Welt Grund hat, sich für Herrn v. Bennigsen gegen Herrn v. M. oder umgekehrt zu erwärmen, so haben doch derartige Beobachtungen als psychologische Anzeichen der „großen conservativen Fraction" bedeutendes Interesse und man darf darum auf die Entwickelung dieser Dinge gespannt sein.

Zur selben Zeit, wo die gesammte europäische Presse sich mit rückhaltloser Genugthuung über das Wort des Fürsten Bismarck ausspricht: „Wir haben keinen Krieg zu befürchten, kein Krieg steht in Aussicht", zur selben Zeit überraschen die Officiösen des Reichskanzlers die Welt mit einem Angriff auf Gambetta, wie er heftiger kaum gedacht werden kann. In parlamentarischen so gut wie in diplomatischen Kreisen wird der erwähnte Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." sehr bemerkt, in welchem dem französischen Kammerpräsidenten offen der Vorwurf gemacht wird, daß er das Staatsschiff aus den ruhigen Wassern, die es seit zehn Jahren unversehrt getragen haben, in die schnelle kriegerische Strömung hineinzulenken versuche. Man fragt, welche Vorgänge der jüngsten Zeit zu so herber Kritik Veranlassung gegeben haben können. In zustehenden Kreisen circuliren zwei Ansichten darüber. Nach der einen werden gewisse Maßnahmen in der Kriegsorganisation und bevorstehende Finanzoperationen der französischen Regierung als der Beginn einer Racherpolitik betrachtet. Man hält nach den neuesten Pariser Mittheilungen die Stellung Barthelemy St. Hilaire's wegen der offenen Opposition, in welche er sich zu der Politik Gambetta's gestellt, als eine innerlich erschütterte und befürchtet, daß ihr dasselbe Schicksal, wie z. B. Herrn v. Freycinet, bereitet werden würde. Glaubt man doch schon den Namen seines Nachfolgers zu kennen und bezeichnet als solchen einen der gambettistischen Generale, der sich bereits im diplomatischen Dienst befunden. So weit die eine Auffassung. Nach andern Mittheilungen handelt es sich um gewisse persönliche Reibungen zwischen Gambetta und Grevy, die von chauvinistischer Seite ausgenutzt werden. Personen, die zur Berliner französischen Botschaft in Beziehung stehen, bestreiten, daß die Politik Gambetta's für journalistische Kundgebungen verantwortlich gemacht werden dürfe; er könne verlangen, daß man ihn nach seinem Thun und nicht nach Aeußerungen der Presse beurtheile. Man will denn auch in diesen Kreisen wissen, daß es eine Entstellung eines an sich harmlosen Vorgangs sei, wenn berichtet wird, Gambetta habe sich zu einem deutschen Diplomaten über die griechisch-türkische Frage in einer Weise geäußert, die auf eine Wiederaufnahme der Rachepolitik hindeute. Vielmehr betonte er gerade bei dieser Gelegenheit, daß jeder Krieg, selbst ein siegreicher, für Frankreich ein Unglück sei, da er die Festigung der Republik bedrohe. Jedenfalls darf man darauf gespannt sein, ob die Officiösen den Feldzug gegen Gambetta fortsetzen werden.

Die Berliner „Provinzialcorrespondenz" richtet eine sehr dringende Mahnung an das preußische Abgeordnetenhaus, indem sie die Steuerreede des Fürsten Bismarck einer eingehenden Kritik unterzieht. Des Pudels Kern dabei ist die Botirung des Verwendungsgesetzes. Das halbamtliche Blatt schreibt u. A. wie folgt:

Ihre wesentliche und unmittelbare Bedeutung liegt in der dringenden Mahnung des Fürsten, daß das Haus der Abgeordneten zu dem Verwendungsgesetz und somit zu der Grundlage der Steuerreform schon jetzt offene und bestimmte Stellung nehme. Es war ein öffentliches Geheimniß und galt als allseitig zugestanden, daß das Verwendungsgesetz, und damit die ganze Steuerreform in der Commission, wie man zu sagen pflegt, begraben werden sollte, und es schien kein Mittel vorhanden, um dieses Schicksal, zumal in der kurzen Zeit der Landtagssession, noch abzuwenden. Dem Fürsten Bismarck ist es gelungen, dem Abgeordnetenhause seine schwere Verantwortung für ein solches Verhalten und damit für das Gelingen der Reform überhaupt ins Gedächtniß zu rufen; denn es ist kaum zweifelhaft, daß der Reichstag (bei der bestehenden Wechselwirkung) seine Zustimmung zu den weiteren Schritten schon unter Berufung auf das fehlende Verwendungsgesetz versagt hätte. ....

Das ist es, was Fürst Bismarck den Parteien ans Herz hat legen wollen, — ein wenig Selbstüberwindung in Bezug auf ihre eigenen Wünsche und ein bereitwilliges Eingehen auf den einzigen wirklich praktischen Weg, eine scharfe Entscheidung über die Stellung des Landtags zu dem Programm der Regierung und eine offene Antwort auf die ihm hiermit vorgelegte Frage. Nicht nur die Regierung, sondern auch das Land verlangt endlich Klarheit und Thaten. Alle Erörterungen, welche das allgemeine Interesse von diesem Ziele abzudrängen suchen, sind dem Gelingen des Werkes ebenso schädlich, wie das Auftauchen neuer Pläne aber wie die etwaige Vertagung des Landtags, auf die Frage der Regierung eine bestimmte Antwort zu ertheilen. Regierung und Volk, Preußen und das Reich dürfen erwartungsvoll auf die Entscheidung des Landtags über die Steuerreform: möge derselbe die gegenwärtige Lage begreifen und der Ungewißheit über seine Stellung zu dem Reformwerk ein Ende machen.

Das preußische Abgeordnetenhaus berieth am Mittwoch mehrere Petitionen. Ein allgemeines Interesse konnten nur die Petitionen beanspruchen, welche geheime Abstimmung bei den communalen und Volksvertretenwahlen verlangen. Von Seiten der Redner des Centrums wurde mit großer Energie für diese Forderung eingetreten, in den geheimen Wahlen sei eine weit bessere Garantie gegeben, daß die Stimmabgabe nach der inneren Ueberzeugung und nicht nach äußeren Rücksichten erfolge. Die Mehrheit des Hauses beschloß jedoch Uebergang zur Tagesordnung, von der Ansicht ausgehend, daß eine so tiefgreifende Aenderung der bestehenden Wahlgesetze nicht füglich, auf Grund einzelner Petitionen vorgenommen werden könne. Auch der Regierungsvertreter hielt die Ansichten über das vorzüglichste Wahlsystem noch nicht hinlänglich geklärt, um die Frage jetzt schon zu regeln, sagte aber Abstellung bei etwaigen Gesetzesübertretungen zu. Ein Votum des Hauses für das jetzt bestehende Wahlsystem wird man aus dem Beschluß nicht herleiten dürfen; aber offenbar fehlte es im gegenwärtigen Augenblick an Muße und an dringendem Anlaß, über so schwerwiegende Principienfragen eingehende Prüfung anzustellen und zu einem Beschluß zu kommen.

Herr v. Ludwig ist um seine Anwälte nicht zu beneiden. Die orthodox-agrarisch-antisemitische „Deutsche Landeszeitung" führt seine Sache in der folgenden unqualificirbaren Weise: „Tempora mutantur et nos mutamur in illis! Das mögen sich alle Jene zurufen, die bisher gewohnt waren, über die Details von Ehrenhändeln die größte Discretion erwalten zu sehen, jetzt aber aus Gewohnheit bereit sind sich der jüdischen Usance anzuschließen, lautes Geschrei zu erheben, sobald ihnen oder einem der Ihrigen „auf die Hühneraugen getreten wird!" Namentlich wenn es ans Schießen geht, giebt es in gewissen Kreisen ein großes „Gejaire". Traurig genug, daß in unserer heutigen Zeit sich christliche Elemente diesem „Gejaire" ohne weitere Ueberlegung anschließen. — Weit genug ist's gekommen." Eine andere Stimme in der Presse zu Gunsten Herrn v. Ludwig's als diese haben wir noch nicht vernommen.

Seine Heiligkeit der Papst, Seines Namens der Dreizehnte, ist auf Deutschland schlecht zu sprechen, denn in seiner Stimmung ist seit Kurzem ein Rückschlag eingetreten. Die Kampfpartei hat die neueste Windthorst'sche Agitation und Bennigsen's Rede benutzt, um dem Papste einzureden, die preußische Regierung verlange Uebermäßiges, ohne selbst Concessionen zu machen. Demzufolge dürfte für die nächste Zeit ein Fortschreiten auf dem Wege der Versöhnlichkeit nicht erwartet werden. Schließlich langt die Curie bei dem „Non possumus" wieder an, um Herrn v. Puttkamer vollständig zu enttäuschen.

Die Trauben sind sauer; denn das Centrum macht sich darauf gefaßt, daß der Antrag Windthorst wegen Aufhebung des Sperrgesetzes in dieser Session nicht mehr zur Berathung gelangt. Die Caplanspresse versichert dabei, Herr v. Windthorst könne warten, und aufgeschoben sei nicht aufgehoben.

Am Mittwoch Abend begann im preußischen Abgeordnetenhause die Verwendungsgesetz-Commission ihre Arbeiten. Die Dauer derselben läßt sich schwer voraussehen; doch wird bei der außerordentlich weittragenden und inhaltreichen Beschaffenheit der in Betracht kommenden Fragen eine mehrtägige Arbeitszeit kaum zu niedrig gegriffen sein. Eine kurze Vertagung des Reichstages nach der ersten Budgetberathung und die Einschiebung der Berathung des Verwendungsgesetzes im Plenum des Abgeordnetenhauses in die dadurch freigelassene Lücke zeigt sich immer deutlicher als der einzige Ausweg aus den bestehenden Verlegenheiten.

In Luxemburg sind am 1. d. M. der französische Commandant Klein und der preußische Major Göze eingetroffen. Die beiden Officiere sind, wie die „Luxemburger Zeitung" meldet, auf Wunsch des König-Großherzogs von den Regierungen von Deutschland und Frankreich auserwählt worden, um sich von dem Stande der ehemaligen Festung Luxemburg zu überzeugen. Die Werke derselben sollten in Folge des Vertrages zwischen Preußen und Frankreich im Jahre 1867 geschleift werden. Eine vollständige Schleifung konnte jedoch angesichts des Umstandes, daß die meisten Festungswerke von Luxemburg in den natürlichen Felsen gesprengt sind, nicht stattfinden, und so hat sich denn die luxemburgische Regierung darauf beschränkt, das Mögliche zu thun. Es wurden insbesondere die Thore beseitigt, die Zufahrten verbreitert und überhaupt alles Mauerwerk entfernt. Die militairischen Delegirten Deutschlands und Frankreichs sollen nun offenbar durch den Augenschein überzeugt werden, daß die Regierung von Luxemburg ohne große, ihre Mittel übersteigende Kosten in der Zerstörung der Festung nicht weiter gehen könne. In Wirklichkeit bleibt aber, wie wir hinzufügen, Luxemburg ein formidables Werk, dessen Besitz zu erstreben Deutschland sicherlich nicht aufhören wird.

Zum Stande der Hamburg-Altonaer Zollangelegenheit schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg." officiös: „Unter dem 3. Februar ist seitens des Reichskanzlers der Antrag Preußens vom 26. Januar d. J., betr. die Ausführung des Anschlusses der Stadt Altona und der Unterelbe an das deutsche Zollgebiet vorgelegt worden. Bekanntlich hat der Bundesrath in den Sitzungen vom 20. Mai und 14. Juli v. Js. beschlossen, daß vorbehaltlich der näheren Modalitäten der Ausführung die Stadt Altona und der Elbstrom von Altona nach Harburg abwärts bis Kuxhaven in das Zollgebiet einzuschließen sei. In Folge dieser Beschlüsse wird eine Veränderung der Grenze des deutschen Zollgebietes nothwendig, welche der vorliegende Antrag näher festsetzt."

Unser Wiener Correspondent schreibt uns vom 8. d.: Seit gestern ist die Sicherheits-Abtheilung unseres Polizei-Präsidiums in größter Thätigkeit, um die Verfasser und Verbreiter einer ziemlich großen Zahl von Drohbriefen auszuforschen, welche der hiesigen Creditanstalt für Handel und Gewerbe und einer ganzen Reihe anderer Bankinstitute mittelst der Stadtpost zugegangen sind. Die Drohbriefe, welche, nach den Schriftzügen zu schließen, von mehreren Personen geschrieben worden, lauten wörtlich: „Es lebe die ehrliche Arbeit! Tod den Schwindlern! Warnung! Das geheime Comité erklärt: zum abschreckenden Exempel gegen das Börsenspiel und schwindelhaften Erwerb wird die Creditanstalt zerstört und dem Boden gleichgemacht, ehe 13 Tage vorbei. Sie sind hiermit gewarnt! — das geheime Agitations-Comité des internationalen socialdemokratischen Vereins. Wieden, 6. Febr., 7 Uhr Abends." — Wiewohl mehrere hiesige Journale, zumal solche, die mit unseren Credit- und Bankinstituten in Verbindung stehen, jene Drohbriefe als einen „dummen Bubenstreich ohne ernste Folgen" bezeichnen, so hat, wie ich bereits erwähnt, unsere Polizei die Sache dennoch ernst genommen und in geräuschloser Weise den ganzen geheimpolizeilichen Apparat aufgeboten, um die Verfasser und Verbreiter jener Drohbriefe zur Verantwortung ziehen zu können. Die Annahme ist nämlich keineswegs ausgeschlossen, daß jene Drohbriefe von einem socialdemokratischen Geheimbunde ausgegangen seien, der entweder hier seinen Sitz oder doch seine Helfershelfer hat. Darauf scheinen auch die gerade in der Jetztzeit hier und in der Umgebung Wiens massenhaft zur Verbreitung gelangten socialdemokratischen Brandschriften hinzuweisen, sowie auch die Drohbriefe, die kürzlich in dem oberösterreichischen Städtchen Enns vertheilt wurden und denen wirklich eine große Brandstiftung auf dem Fuße folgte! Wie Dem nun auch sein mag, Thatsache ist jedenfalls, daß die hiesigen Credit- und Bankinstitute, gegen welche die jüngsten Drohungen gerichtet worden, ihre Vorsichtsmaßnahmen, namentlich zur Nachtzeit, verdoppelt haben. Im Inneren der Gebäude ist seit jenen das Wächterpersonal bedeutend vermehrt und diesem die größte Aufmerksamkeit eingeschärft worden. Auch kann man nach 10 Uhr Nachts, um welche Stunde unsere Straßen schon wenig belebt sind, die Wahrnehmung machen, daß in der Umgebung jener Credit- und Bankinstitute mehr Schutzleute als gewöhnlich vorhanden. Wenn also gewisse hiesige Journale jene neuesten Drohbriefe von nicht allzu ernster Seite genommen, so geschah Dies vielleicht namentlich aus dem Grunde, um auf die Bewohner unserer Stadt einigermaßen beruhigend zu wirken. Ein ganz „ungefährlicher Bubenstreich" scheint aber die Sache jedenfalls nicht, weil solche ruchlose Drohungen, wenn auch unausgeführt, immerhin ein bezeichnendes Merkmal von der Zunahme der schlimmsten Sittenverwilderung sind.

Spanien hat nun sein neues, von der liberalen Partei schon lange herbeigesehntes Ministerium. Aber es bleibt abzuwarten, ob es den Herren Sagasta, Martinez, Campos, Pavia gelingen wird, die Republikaner, die sich außerordentlich ruhig zeigen, zum Schweigen zu bringen. Canovas del Castillo scheint schon seit langer Zeit das Vertrauen des Königs verloren zu haben; bekanntlich weigerte er sich, dem Verlangen des Monarchen, der jüngst geborenen Infantin den Titel einer Prinzessin von Asturien zu verleihen, zu entsprechen, und lehnte die Ausfertigung des betreffenden Decretes ab. Da er am Throne keine Stütze mehr hatte und die Opposition der Cortes eine immer entschiedenere und direct drohende Haltung einnahm, so verließ Canovas die ihm sonst eigene Sicherheit und Festigkeit; seine Haltung wurde schwankender; er bemühte sich vergeblich, dem Könige zu imponiren und die Opposition zu gewinnen. König Alfons wollte sich von seinem ehemaligen Mentor nicht mehr leiten lassen und benutzte die Gelegenheit, ihm Dies in unzweideutigster Weise zu erkennen zu geben, indem er sich weigerte, dem Cabinet Canovas' ausdrücklich sein Vertrauen durch Genehmigung des betreffenden Paragraphen zu bekunden. Das liberale Ministerium, dessen Mitglieder während der Republik fast ausnahmslos eine hervorragende Rolle gespielt, wird seine Probe bei den Wahlen zu bestehen haben. Denn mit den gegenwärtigen Cortes dürfte es schwerlich regieren können, und ist daher ein Appell an die Wähler unvermeidlich. Mit dem Cabinetswechsel ist ein umfassender Personenwechsel der spanischen Diplomatie gedeuten und bereits eingeleitet. Es gewinnt überhaupt den Anschein, als solle nunmehr endlich für das vielgeprüfte Land sich eine hoffnungsvollere Zukunft vorbereiten.

Die französische Regierung trägt sich mit der Absicht, die allgemeinen Deputirtenwahlen bereits im April, spätestens Anfang Mai vornehmen zu lassen. Es soll über diese wichtige Angelegenheit zwischen dem Elysée und dem Palais Bourbon bereits ein Meinungsaustausch stattgefunden haben und Uebereinstimmung herrschen. Man giebt sich in Paris der Hoffnung hin, es werde gelingen, die Thätigkeit des radicalen und intransigenten Wahlcomité nach Gebühr einzuschränken und dadurch ganz allgemein conservativ-republikanische Wahlergebnisse herbeizuführen. Die Partisane des Listenscrutiniums, an ihrer Spitze Gambetta, erklären die Annahme des darauf bezüglichen Gesetzes durch die Kammer für absolut gesichert.

Wohl hat die irische Zwangsbill bereits die zweite Lesung im englischen Unterhause passirt, indessen die Anwendung der geplanten Ausnahmemaßregeln wird noch lange auf sich warten lassen. Inzwischen sind die Ereignisse immer ernster geworden. Die Umsturzbewegung hat sich, durch die anfänglich gezeigte Schwäche des Cabinets, in raschen und kühnen Sprüngen weiter entwickelt und die Dinge haben eine solche Höhe erreicht, daß im ganzen Königreiche alle Soldaten schon seit Beginn der vorletzten Woche in den Casernen consignirt sind. Auch in London waren die Truppen Nacht für Nacht unter den Waffen, die Pferde der Cavallerie gesattelt und die Kanonen bereit. Die größten Vorsichtsmaßregeln waren getroffen, um die Parlamentshäuser und das Leben der Mitglieder zu beschützen, und geheime Polizei-Beamten waren an der Thür der Cabinets-Minister aufgestellt; die königlichen Paläste, die Regierungsgebäude, die Arsenale, die Privatwohnungen der Minister, die Bank von England und alle wichtigen Gebäude waren in gleicher Weise bewacht. Beständige Allarmirungen rechtfertigten diese außerordentlichen Vorsichtsmaßregeln reichlich. Büchsen voll Dynamit und anderen Zündstoffen wurden in den Casernen oder an öffentlichen Plätzen gefunden, geheimnißvolle Entfernungen des theilweisen Inhalts von Zeughäusern, Versuche, Bahnzüge entgleisen zu lassen, öffentliches Eigenthum in Brand zu setzen, Casernen oder Pulvermagazine in die Luft zu sprengen, zeigen, wie weit verbreitet und entsetzlich die gegenwärtige Agitation ist. Der schlimme Geist hat die nordische Grenze überschritten. Selbst in Schottland sind Vergehen gegen öffentliches Eigenthum schon von Mordthaten oder Mordversuchen begleitet und so bringt fast jeder Tag eine neue, alle Welt in England bestürzt machende Hiobspost.

Sind die Engländer eine Mehrheit im Transvaal? fragt ein Londoner Correspondent. Bilden sie nicht vielmehr eine verschwindende Minderheit sowohl den Kaffern als auch den Boers gegenüber? Mit welchem Rechte — setze sich auch fragen — herrschen denn die 120,000 Engländer über die 200,000,000 Inder, die doch an alter Cultur und jetziger Bildung hoch über den Eingeborenen Afrikas stehen? Ein persönlicher Freund des Premiers, Sir Bartle Frere, arbeitet privatim, desgleichen in Schrift und Rede aus Leibeskräften für die Unterjochung des Transvaal-Freistaats. Hält man ihm den Vertrag von 1852 und den erst dreijährigen Bestand der englischen Gewaltherrschaft entgegen, so antwortet er lächelnd: „Sollen wir denn auf Adam und Eva zurückgehen?" Sir Bartle Frere ist ein sehr frommer Herr; er könnte sich daher aus der Bibel etwas Besseres herauslesen. In einer Rede im Londoner Kunstverein ließ er, um die Habgier rege zu machen, die Diamanten und das Gold des Transvaal verführerisch blitzen und deutete auch auf die reichhaltigen schwarzen Kohlengruben des Landes hinunter. Das erinnert ein wenig an den Versucher, Evangelium Lucä, 4, 6: „Diese Macht will ich dir alle geben und ihre Herrlichkeit."

Die Engländer haben über die Boers einen Vorbussieg davon getragen. Der bereits telegraphisch gemeldete Zusammenstoß erfolgte zwischen Newcastle und der Grenze bei dem Ingogo-Flusse. General Colley griff die Boers an und schlug dieselben. Die Verluste der Engländer an Todten und Verwundeten betragen 150 Mann; die Boers

SLUB
Wir führen Wissen.